

VERENA FRIEDERIKE HASEL

**WIR  
WOLLEN  
MEHR  
ALS NUR  
WÄHLEN**

Wie wir die **Demokratie**  
retten können

dtv  
DIGITAL

alternativlos.

Marc Bühlmann weist darauf hin, dass diese zwei Ansätze bei aller Unterschiedlichkeit eine Grundannahme teilen: »Sie gehen davon aus, dass es bei einer strittigen Frage a priori eine gute und richtige Entscheidung gibt.« In dem einen Modell kristallisiert sich diese durch klügelhafte Beratungen einer politischen Elite heraus, im anderen glaubt man, es gebe einen einheitlichen Volkswillen, der sich in einem Referendum spontan und emotional artikuliert. Aber das stimme beides nicht, sagt Marc Bühlmann. »Demokratie ist die fortwährende Suche nach Entscheidungen, die stets nur vorläufig sind und nicht richtig oder falsch sein können.« Deshalb schätzt er das kombinatorische Modell der Schweiz, in dem Entscheidungen sowohl vom Parlament als auch vom Volk getroffen werden und zwischen beiden ein fein justiertes Zusammenspiel herrscht. Macht etwa ein Bürger einen Vorschlag, der es bis an die Urne schafft, darf das Parlament ihm einen Gegenvorschlag unterbreiten. Und falls dieser dem Bürger zusagt, kann er seine Initiative zurückziehen.

Wie sehr Bühlmann dieses genaue Hinsehen, Austarieren und Abwägen verinnerlicht hat, merke ich, als ich mit ihm über den Brexit rede. Bühlmann ist kein konservativer Nationalist, seine politischen Vorlieben würde ich eher links der Mitte verorten, und trotzdem sagt er: »Keiner von uns weiß, was es auf längere Sicht für Folgen hat, wenn England die Staatengemeinschaft verlässt. Vielleicht führt der Brexit zu zentralen Reformen in der EU, vielleicht schweißt er die übrigen Länder zusammen, vielleicht kehrt Großbritannien in ein paar Jahren zurück.« Vielleicht, vielleicht, vielleicht. Das Gegenteil des deutschen Rigorismus und der kurzatmigen und schnell überschnappenden Empörungsbereitschaft, die deutsche Brexit-Debatten häufig haben.

Und vielleicht kommt diese politische Buddha-Haltung auch daher, dass Marc Bühlmann erfahren hat, wie es ist, wenn alles anders kommt, als man denkt.

1992 stimmten die Schweizer über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum ab, und eine knappe Mehrheit sprach sich dagegen aus. Für ihn sei damals eine Welt zusammengebrochen, sagt Marc Bühlmann. Er hatte sich eine Öffnung gewünscht, politisch und geistig, und seine Mitbürger entschieden sich für etwas, das ihm wie die absolute Abschottung vorkam. »Ich dachte, ich muss das Land verlassen.« Dann folgten eine Wirtschaftskrise, die engere Zusammenarbeit erforderte, und verschiedene bilaterale Abkommen, kurz: der Schweizer Sonderweg, den manche als Königsweg bezeichnen und andere als Rosinenpickerei. Und Bühlmann selbst, denkt er inzwischen anders über die Abstimmung? Er lacht. »Ich bin auf jeden Fall noch hier.« Am Ende kommt er auf meine Ursprungsfrage zurück. »Wer denkt, dass Bürger nicht in der Lage sind, Entscheidungen zu treffen, der kann gleich zur Monarchie zurückkehren.«

Aber auch das Schweizer Modell halten mir Menschen gelegentlich als abschreckendes

Beispiel vor, wenn ich mit ihnen über direkte Demokratie diskutiere. »Ja, aber das Minarettverbot«, sagen sie dann – und haben natürlich recht. Dass der Bau von Minaretten auf Moscheen 2009 per Referendum verboten wurde, ist ein beunruhigendes Zeichen von Ausgrenzung und mangelnder Toleranz, und die Plakatkampagne der Schweizer Volkspartei (SVP), die Minarette zeigte, wie sie raketengleich eine Schweizer Fahne durchbohren, war widerlich. Darüber hinaus ist es höchst fragwürdig, dass Parteien wie die SVP Initiativen lancieren, weil dieses Werkzeug eigentlich den Bürgern dienen soll. Auch Marc Bühlmann findet das Verbot unsäglich, aus politikwissenschaftlicher Sicht erfüllt es seiner Meinung jedoch einen Zweck, da es diffuse Ängste der Bevölkerung einhegt. »Volksinitiativen haben mitunter Ventilfunktion. Und mir ist es lieber, dass Minarette verboten werden, als dass Molotowcocktails auf Asylantenheime geworfen werden.«

Ich wünschte mir, wir hätten in Deutschland nicht diesen selektiven Blick für alles Negative, wenn es um direkte Demokratie geht. Wer von denen, die sich völlig zu Recht über das Minarettverbot empören, hat von weiteren Initiativen zumindest gehört? 1971 wurde der Umweltschutz per Volksabstimmung in die Schweizer Verfassung geschrieben, 1979 erzwangen Bürger ein Referendum über den Ausstieg aus der Kernenergie, das mit 48,8 Prozent zwar knapp scheiterte, aber zumindest eine sehr frühe Diskussion über die Gefahren der Atomenergie bewirkte. Und 1989 ging eine Volksinitiative zur Abschaffung der Armee an den Start. Die meisten dachten, sie würde krachend scheitern; schließlich schien die Armee genauso untrennbar mit der Schweiz verbunden zu sein wie Schokolade. Am Ende stimmten 35,6 Prozent dafür. Eine echte Überraschung für die Politiker und Anlass für umfassende Reformen wie die Einführung des Zivildienstes.

In den vergangenen Jahren haben die Schweizer Initiativen zu Wanderwegen, autofreien Sonntagen und einer Verlängerung der Sommerferien eingebracht. Einige sind geglückt, die anderen haben ihre Initiatoren zumindest politisiert. So wie Armin Capaul.

### **Ein Staat, der auf seine Bürger hört**

Ich besuche Armin Capaul an einem Frühlingstag auf seinem einsamen Bergbauernhof im Berner Jura. An seiner Tür gibt es keine Klingel, sondern man muss an einer großen Kuhglocke läuten. Wir setzen uns auf die Terrasse, und Capauls Hündin legt sich dazu. Er hat sie erst vor einigen Wochen bekommen, und für eine Wachhündin fand er sie anfangs beunruhigend zutraulich. »Aber heute hat sie endlich mal gebellt«, sagt Armin Capaul zufrieden und steckt sich die erste von vielen selbst gedrehten Zigaretten an diesem Nachmittag an.

Armin Capaul, der früher ein wildes Partyleben in Zürich führte, sagt, er sei Bauer

geworden, um mit Natur und Tieren zu kommunizieren. Zunächst hütete er auf einer Alp Ziegen, stellte jedoch schnell fest, dass es sich mit Geißen in der Nähe nicht gut meditieren lässt. Kaum hatte er sich im Schneidersitz ins Gras gesetzt, sprangen sie schon wieder woanders hin. »Die glauben immer, das Gras sei woanders grüner.« Eine Lebenseinstellung, die Capaul missfällt. Esel mag er, findet sie jedoch auch ein bisschen unberechenbar. Gerade heute ist einer seiner Esel so losgespracht, dass er Capaul, der ihn an einem Strick hielt, fast hinter sich hergeschleift hätte. Kühe, sagt er, seien dagegen unendlich geduldig, und nach getaner Arbeit sitzt er oft auf einem Holzbänkchen bei ihnen im Stall. »Sie fressen, und ich denke über das Leben nach.«

Wir verlassen die Terrasse und gehen zum Kuhstall, und Capaul spricht über die Tiere wie andere über Menschen. Marianne, sagt er, sei leider depressiv geworden und am Ende gestorben. Gerade weil Kühe so empfindsam sind, empört es ihn umso mehr, wie Menschen mit ihnen umgehen. Besonders wütend macht es ihn, dass vielen Kühen die Hörner entfernt werden, da man fürchtet, sie würden andere Tiere oder Menschen sonst verletzen. »Aber man schlägt einem Menschen ja auch nicht die Arme ab«, sagt Capaul, der neben einer Kuh steht und sie kraut. Er sieht mich an. »Komm, fass mal an.« Die Hörner der Kuh sind warm wie ein Taschenwärmer, und Capaul sagt, sie seien durchblutet und mit Nerven durchzogen, und Kühe bräuchten sie, um sich Respekt zu verschaffen. Dafür reiche schon eine Bewegung mit dem gehörnten Kopf. »Eine Kuh ohne Horn, die weiß, dass ihr etwas fehlt.«

2012 schickte Capaul von seinem Bergbauernhof aus einen Appell an die Berner Politiker: Lediglich jede zehnte Schweizer Kuh habe noch Hörner – höchste Zeit, etwas zu unternehmen! Capaul schlug eine Prämie für alle Bauern vor, die ihren Kühen die Hörner lassen. Zwei Politiker meldeten sich zurück. Ein sympathisches Anliegen, fanden sie, doch das Parlament sagte Nein. In Deutschland wäre die Geschichte damit zu Ende, genauso werden Petitionen oft abgebügelt. In der Schweiz ging es erst richtig los. Capaul fragte seinen Sohn, ob er sich eine Zeit lang um die Kühe auf dem Hof kümmern könne, er selbst müsse etwas für alle übrigen Schweizer Kühe tun. Dann wandte er sich an die Bundeskanzlei, Sektion Politische Rechte, die Bürger unterstützt, wenn sie eine Volksinitiative starten wollen.

An Armin Capaul erinnere sie sich gut, sagt mir Barbara Perriard, als ich sie eines Morgens im Berner Bundeshaus besuche. Seit 2010 leitet sie die Sektion mit den insgesamt zwölf Mitarbeitern. Vor unserem Gespräch führt sie mich auf die Dachterrasse und zeigt mir von dort aus die Aare, einen Fluss mit starker Strömung, in den einige ihrer Kollegen einmal die Woche springen, ganz egal wie das Wetter ist. Anschließend geht sie mit mir in den Keller, wo sie ihr Büro hat. Ihren Job beschreibt sie so: »Wir begleiten Volksinitiativen von der Wiege an.«

Diesen Satz muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Da findet ein Staat den Drang seiner Bürger nach Selbstbestimmung nicht lästig, sondern bestärkt sie sogar noch darin. Zunächst muss man Initiativtext und -titel einreichen. Beides wird von der Bundeskanzlei kontrolliert, vom Bundeskanzler unterschrieben und im Bundesblatt veröffentlicht. Damit ist die Volksinitiative lanciert, und von diesem Moment an haben die Initiatoren 18 Monate Zeit, um die 100 000 Unterschriften zu sammeln. Die Vorabprüfung durch Barbara Perriard und ihre Mitarbeiter ist eine politisch hochsensible Angelegenheit. »Wir unterstützen Bürger darin, das zu verschriftlichen, was sie sagen wollen. Auf keinen Fall dürfen wir sie beeinflussen. Aber wenn der Text missverständlich oder fehlerhaft ist, müssen wir sie darauf hinweisen.« Manchmal ist das eine Gratwanderung, vor allem aber erfordert diese Arbeit großen Respekt vor Andersdenkenden, denn natürlich haben sie es in der Bundeskanzlei immer wieder mit Vorhaben zu tun, die ihren eigenen politischen Ansichten komplett zuwiderlaufen. Das dürfe keinerlei Rolle spielen, sagt Barbara Perriard, die in den vergangenen Jahren die Lancierung von 109 Volksinitiativen aus den unterschiedlichsten Lagern begleitet hat. »Ich bin Fürsprecherin der Volksrechte und diese gelten für alle.«

Armin Capaul hat lange an Text und Titel gefeilt. Schließlich wählte er den Namen: Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere, kurz: Hornkuh-Initiative. Als ich ihn besuche, frage ich ihn vorsichtig, ob er darüber nachgedacht habe, dass bei einer Annahme seiner Initiative die Sache mit den Hörnern in die Verfassung gekommen wäre. Mit dieser Frage will ich, ohne unhöflich zu sein, herausfinden, ob Capaul nicht doch leise Zweifel gehegt hat: Gehört dieser 30 Zentimeter lange knöcherne Zapfen wirklich in so ein ehrwürdiges Buch? »Klar, wieso denn nicht, die Verfassung ist ja nicht sehr dick, da ist genug Platz«, sagt Capaul.

Eine sehr pragmatische Sichtweise.

»Wir haben nicht diese Scheu im Umgang mit unserer Verfassung«, bestätigt Barbara Perriard. »Sie ist etwas sehr Mobiles und im Prinzip schreiben wir sie alle drei Monate um.«

Ganz anders in Deutschland. Wann immer hier die Frage nach Identität und Heimatliebe aufkommt, nach all diesen heiklen Themen, mit denen die Feuilletons mitunter tagelang gefüllt sind, kommt irgendwann der Punkt, an dem jemand versucht, die vertrackte Diskussion mit einem Hinweis auf das Grundgesetz zu retten: Wir sind halt Verfassungspatrioten, und wenigstens auf unser Grundgesetz können wir uns einigen. Als Lehre aus der Vergangenheit ist seine Änderung mit hohen Hürden belegt und nur mit einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat möglich. Unvorstellbar, dass Bürger wie in eine Kladde reinschreiben dürfen, was ihnen auf dem Herzen liegt.

Am 24. September 2014, dem Tag direkt nach der Lancierung seiner Initiative, kommt Armin Capaul abends mit 15 Unterschriften auf seinen Bauernhof zurück. Ein guter Anfang,

findet er. »Ich bin ein schüchterner Mensch.« Seine Frau sieht das anders. »Wenn du morgen nicht 100 Unterschriften hast, musst du hier gar nicht wieder auftauchen.« Capaul nickt und nimmt sich vor: »Ich mache das nicht als Mensch, sondern als Stimme der Kuh.« Schon bald ist er mehrere Tage in der Woche mit seinem VW-Bus unterwegs, nachts schläft er in den Bergen, tags geht er in die Städte runter, an seinem Rekordtag erhält er 250 Unterschriften. Er beginnt, den Menschen Kopien der Unterschriftenliste mitzugeben, und nach kurzer Zeit kommen so viele Briefe auf seinem Bauernhof an, dass sie nicht mehr in den kleinen gelben Briefkasten vor der alten Scheune passen. Von da an hupt der Briefträger morgens oben an der Straße, und Capaul geht hinauf und kommt Tag für Tag mit ganzen Packen von Briefen zurück, die wie Altpapier zusammengebunden sind. Als er noch eine Verlosung unter denjenigen veranstalten will, die ihre Unterschrift geben, habe sie ihn stoppen müssen, sagt Barbara Perriard. »Das war sicherlich gut gemeint, ist aber nicht zulässig.«

Insgesamt sammelt Armin Capaul 119 626 gültige Unterschriften. Am 25. November 2018, dem Tag der Abstimmung, ist er in der ganzen Schweiz als Hornkuh-Mann bekannt. Landauf, landab diskutieren die Menschen über das Kuhhorn. Biologen, Tierärzte, Bauern melden sich zu Wort, die ›New York Times‹ berichtet, das dänische Fernsehen kommt zu Besuch, ein Journalist aus Kenia ruft an. An der Urne wird Capauls Vorschlag am Ende abgelehnt, aber nur ganz knapp: Immerhin 45,3 Prozent stimmen für Capauls Initiative.

Im Berner Jura wird es Abend. Armin Capaul zückt ein Tuch, wischt sein Meditationsbänkchen im Stall sauber und setzt sich. Gerade hat er einen Moment Ruhe, doch das könnte sich bald ändern. Capaul denkt nämlich darüber nach, als parteiloser Abgeordneter für das Parlament zu kandidieren. Als Stimme der Kuh und der Natur in der Schweizer Politik.